

Anfragen zum Plenum in der 13. Kalenderwoche

Verzeichnis der Fragenden mit Fragen (alphabetisch)

Benjamin Adjei
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie sieht die genaue Mittelverwendung im Kap. 10 07, TG 60 (Maßnahmen zur Radikalisierungsprävention) im aktuellen Haushalt aus, welche Organisationen oder Projekte werden mit Mitteln aus dieser Position gefördert und welchen Aufgabenbereich decken sie jeweils mit dieser Förderung ab?

Horst Arnold
(SPD)

Da die Staatsregierung im Zuge der Corona-Krise unter anderem auch staatliche Beteiligungen an Unternehmen etc. forciert, frage ich sie, welche Vorkehrungen sind hierfür personell, fachlich und monetär getroffen worden (bitte aufgeteilt nach Geschäftsbereichen der Staatsregierung bzw. nach Staatsministerien), inwieweit sind im Falle einer Beteiligung unternehmenspolitische Schwerpunktmitentscheidungen oder Dienstanweisungen o. ä. geplant und werden diese gegebenenfalls hierarchisch gesteuert?

Inge Aures
(SPD)

Nachdem der Deutsche Bundestag beschlossen hat, dass die einzelnen Bundesländer in Zukunft selbständig darüber entscheiden können, ob das derzeit geltende Mindestalter von 16 Jahren für die Führerscheinklasse AM (Mopeds mit maximal 45 km/h) auf 15 Jahre abgesenkt wird, frage ich die Staatsregierung, plant der Freistaat Bayern die Absenkung des Mindestalters auf 15 Jahre für die Führerscheinklasse AM (Mopeds bis maximal 45 km/h), falls ja, wann ist mit einer Gesetzesänderung zu rechnen, falls nein, warum nicht?

Johannes Becher
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Vor dem Hintergrund der PFC-Belastung, die vom Flugplatz Manching auf umliegende Böden und Gewässer ausgeht, frage ich die Staatsregierung, welche Deponien in Bayern für die Entsorgung von PFC-belasteten Böden vorgesehen sind, welche dieser Deponien als Auftragnehmer der Fraport AG den PFC-belasteten Bodenaushub auf der Terminal 3-Baustelle des Fraport aufnehmen, wie es laut Information auf der Website der Fraport AG vom 04.03.2020 der Fall sein soll, und wie sie zu der Möglichkeit steht, den PFC-belasteten Boden am Flugplatz Manching an den Hotspots „Alte Feuerwache, Feuerlöschbecken und Südliche Landebahn“ einer Waschung zu unterziehen, wie es mit dem PFC-Bodenmaterial von Fraport in der Bodenwaschanlage auf dem IN-Campus in Ingolstadt bereits durchgeführt wird?

Franz Bergmüller
(AfD)

Bayerns Ministerpräsident Dr. Markus Söder versprach nach der Beratung der Ministerpräsidenten in Berlin: „Wir werden alles tun, was notwendig ist, um die wirtschaftliche Stabilität zu erhalten“ und konkretisierte dies in der Pressekonferenz am Morgen des 23.03.2020 etwas, wobei noch immer nicht klar erkennbar ist, dass an all die gedacht wurde, die von ihren Kleinaufträgen gerade so leben können, wie z. B. viele Freiberufler, die bei einem wirtschaftlichen Abschwung in der Regel die ersten sind, die keine Aufträge mehr erhalten, oder an die kleinen Gewerbetreibenden, wie z. B. Friseur oder Gaststätten, denen absehbar von heute auf morgen die Kundschaft wegbleiben wird, die aber dennoch ihre Familien ernähren müssen und die auch ohne Umsätze nach heutigem Stand der Dinge – trotz Stundungsmöglichkeit, die sich ja an den Vorkrisen-Umsätzen bemisst – an die Finanzämter zum 01.04.2020 ihre Umsatzsteuervorauszahlungen tätigen werden müssen, als ob es keine Corona-bedingten Ausfälle gäbe, weswegen ich die Staatsregierung frage, welche rechtlichen Vorschriften ein Kleingewerbetreibender oder Freiberufler mit unter 200.000 Euro Jahresumsatz nutzen kann, dessen Umsätze innerhalb eines Monats oder noch kürzer auf nahe Null fallen, seine Steuervorauszahlungen auf diese seinen einbrechenden Umsätzen nahe Null kurzfristig wirksam anzugleichen und welche genauen Hilfsmaßnahmen der Staatsregierung ein Kleingewerbetreibender oder Freiberufler nutzen kann, dessen Umsätze innerhalb eines Monats oder noch kürzer auf nahe Null fallen, um seine laufenden Verbindlichkeiten, wie z. B. Miete o. ä. etc. bezahlen zu können und welche Anforderungen insgesamt an einen Kleingewerbetreibenden oder Freiberufler von diesen Stellen gestellt werden, um diese Hilfen auch praktisch in Anspruch nehmen zu können?

Cemal Bozoğlu
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Personen aus dem rechts-extremen Spektrum in Bayern werden zum Stichtag 31.12.2019 von den Sicherheitsbehörden als „Gefährder“ eingestuft, wie viele Personen aus dem rechtsextremen Spektrum in Bayern werden zum Stichtag 31.12.2019 von den Sicherheitsbehörden als „relevante Personen“ eingestuft und sieht die Staatsregierung vor dem Hintergrund der aktuellen rechtsextremen Terroranschläge einen Korrekturbedarf bei der Bewertung des Gefahrenpotenzials in diesem Bereich?

Florian von Brunn
(SPD)

Nachdem bestimmte Regionen in China und in Italien besonders stark von COVID-19 betroffen sind und dort auch offenbar sehr viele schwere Krankheitsverläufe und Todesfälle auftreten und gleichzeitig diese Regionen als Gebiete mit besonders hoher Luftverschmutzung gelten (vor allem Feinstaub und Stickoxid¹), außerdem italienische Forscher einen Zusammenhang zwischen Feinstaub und der Ausbreitung des Coronavirus SARS-CoV-2 vermuten^{2 3}, frage ich die Staatsregierung, welche Forschungen und Studien zum Zusammenhang zwischen dem Coronavirus sowie ähnlichen respektive verwandten Virenarten, die Atemwegserkrankungen auslösen, und Luftverschmutzung bekannt sind, in welchen Gebieten in Bayern, zum Beispiel in Großstädten mit relativ hoher Luftverschmutzung, dadurch möglicherweise erhöhte Gefahren für die betroffene Bevölkerung zu befürchten sind und welche Maßnahmen sie in diesem Zusammenhang – bezüglich sowohl Forschung als auch zur Verringerung der Luftverschmutzung – gegebenenfalls ergreifen will?

Kerstin Celina
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie ist für obdach- und wohnungslose Menschen angesichts der Maßnahmen der Allgemeinverfügung (insbesondere Abstandsregelung, Vermeidung sozialer Kontakte) die Grundversorgung gewährleistet, welche Maßnahmen erwägt sie angesichts eingeschränkter Hilfeleistungen kommunaler und ehrenamtlicher Notdienste (Tafeln, Wärmestuben, Bahnhofsmissionen und Unterkünfte), um die Versorgung obdach- und wohnungsloser Menschen sicherzustellen und wie ist der Zugang zur medizinischen Versorgung von Menschen ohne Wohnsitz sichergestellt, v. a. bei Covid-19-Verdacht, Erkrankung und damit verbundener Isolation (häusliche Quarantäne)?

¹ <https://www.tagesspiegel.de/gesellschaft/panorama/luftverschmutzung-beim-smog-ist-italien-das-china-europas/12668866.html>

² http://www.simaonlus.it/wpsima/wp-content/up-downloads/2020/03/COVID19_Position-Paper_Relazione-circa-l%E2%80%99effetto-dell%E2%80%99inquinamento-da-particolato-atmosferico-e-la-diffusione-di-virus-nella-popolazione.pdf

³ <https://www.heise.de/tp/features/Fein-staubpartikel-als-Viren-Vehikel-4687454.html>

Maximilian Deisenhofer
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie gewährleistet sie, dass die derzeit dringend gebrauchte Plattform „Mebis“ vollumfänglich einsetzbar ist, wie steht die Staatsregierung zu der Einsetzung einer (selbstverständlich digital tagenden) Fachgruppe zu Online-Bildung und inwieweit wird das Staatsministerium für Unterricht und Kultus in seinem Internetauftritt auch digitale Bildungsangebote privater Anbieterinnen und Anbieter darstellen?

Gülseren Demirel
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, warum werden in dem Ankunftszentrum in München keine Quarantäne-Maßnahmen ergriffen und damit die erkrankten Personen, die Symptome vorweisen nicht separat isoliert untergebracht, warum werden in dem Ankunftszentrum in München nicht ausreichend Desinfektionsmittel zur Verfügung gestellt und wie genau ist die Belegung der Zimmer und das Catering trotz des Auftretens des Coronavirus organisiert?

Albert Duin
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, welche Maßnahmen zur sofortigen Liquidität für kleine und mittlere Unternehmen (inklusive Freiberufler, Gastronomie, Einzelhandel, Künstler, Handwerk, Solo-Selbstständige etc.) sie in Form von direkten, nicht wieder zurückzahlbaren Zahlungen ergreift (mit Angabe von Höhe oder prozentualer Einwertung), ob eine 100-prozentige Bürgschaft durch staatliche Institutionen oder Förderbanken übernommen werden kann und wie der Vorschlag bewertet wird, allen vorstehend beschriebenen Unternehmen die Fixkosten gemäß Betriebswirtschaftlicher Auswertung (BWA) für zwei Monate zu ersetzen?

Matthias Fischbach
(FDP)

Angesichts der Berichte über unterschiedliche Handhabungen des digital unterstützten Lernens während des Unterrichtsausfalls an Bayerns Schulen aufgrund der Allgemeinverfügung vom 13.03.2020 frage ich die Staatsregierung, wie sich die Zahl der täglichen Einzelnutzerlogins im Portal „mebis“ seit Anfang März entwickelt hat (bitte sowohl landesweit nach einzelnen Tagen sowie aufgeschlüsselt nach Schulen entsprechend der Schulnummer im System zu den Stichtagen 13.03. und 20.03.2020 im Vergleich zu den Gesamtschülerzahlen), welche Handhabung entsprechend der Aussagen des Staatsministers für Unterricht und Kultus Prof. Dr. Michael Piazzolo zu Abschlussprüfungen „Wir werden sicherstellen, dass es für die Schülerinnen und Schüler keine Nachteile gibt.“, den Schulen bzw. Lehrkräften bezüglich Leistungserhebungen in kommenden Wochen - während und nach dem Geltungszeitraum der Allgemeinverfügung - vor dem Hintergrund der unterschiedlichen Vorbereitungsmöglichkeiten, der gebotenen Fairness und Chancengerechtigkeit nahegelegt wird (bitte auch auf möglichen Ausgleich für benachteiligte Schülergruppen eingehen) und inwiefern das Staatsministerium für Unterricht und Kultus (StMUK) die aktuell laufenden Lehrbemühungen der einzelnen Schulen sowie Lehrerinnen und Lehrer mit Zuhilfenahme digitaler Angebote zu evaluieren und verbessern gedenkt (bitte dabei insbesondere Bezug nehmen auf die digitale Abfrage von Schülerfeedback, die Einbindung externer Angebote wie www.sofatutor.com und klare Vorgaben des StMUK zum datenschutzkonformen Einsatz von Cloud-Lösungen und Software wie MS Office 365)?

Christian Flisek
(SPD)

Im Hinblick auf die voranschreitende Corona-Pandemie frage ich die Staatsregierung, wie viele der Inhaftierten in den einzelnen bayerischen Justizvollzugsanstalten (bitte gesondert auflisten) mit dem Coronavirus SARS-CoV-2 infiziert sind, wie mit den infizierten Gefangenen im Hinblick auf die für erforderlich gehaltenen Maßnahmen wie Isolierung, Quarantäne, soziale Distanzierung umgegangen wird und welche Maßnahmen im bayerischen Justizvollzug derzeit ergriffen werden, um eine Ausbreitung des Virus auch in den bayerischen Justizvollzugsanstalten zu verhindern bzw. zu verzögern?

Anne Franke
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie kann Bayern ergänzend zum Forschungsförderaufruf des Bundesministeriums für Bildung und Forschung, für den am 03.03.2020 15 Mio. Euro bereitgestellt wurden, und ergänzend zu internationalen Kooperationen sowie dem angekündigten Bayerisch-Sächsischen Forschungsnetzwerk dazu beitragen, dass möglichst schnell Medikamente und ein Impfstoff gegen das Coronavirus (SARS-CoV-2) entwickelt werden, welche Forschungsprojekte mit Bezug zum Coronavirus gibt es darüber hinaus und wie hoch fällt die Forschungsförderung in diesem Bereich aus?

Patrick Friedl
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wird es über die Corona-Soforthilfe hinaus weitere finanzielle Hilfen des Freistaates insbesondere für Kleinbetriebe, Kulturschaffende, Einzel-Selbständige, Jugend-, Erwachsenen- und Umweltbildungseinrichtungen, Physiotherapeutinnen und -therapeuten, Logopädinnen und Logopäden, Ergotherapeutinnen und -therapeuten o. Ä. geben, wird es eine Erhöhung des Kurzarbeitergeldes auf bis zu 100 Prozent geben und wird es eine staatliche Entschädigung für die Weiterbezahlung von geringfügig Beschäftigten, insbesondere 450-Euro-Kräften, geben?

Barbara Fuchs
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, mit welchen finanziellen Maßnahmen aus dem Corona-Hilfspaket unterstützt sie Betriebe und Selbständige, die nicht schließen müssen, es aber aus Gesundheitsvorsorge für sich und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter tun?

Tessa Ganserer
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, in wie viel Prozent der Lehraufträge eine Kompensation für abgesagte Lehrveranstaltungen vorgesehen ist, ob sie beabsichtigt, auch davon unabhängig Lehrbeauftragte für den Veranstaltungsausfall im Sommersemester zu kompensieren und ob sie die Hochschulen ermuntert, im Sommersemester Lehraufträge zu verabschieden, in denen eine solche Kompensation vertraglich vorgesehen ist?

Thomas Gehring
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wird es für die Zeit der Corona-Ausgangssperren zusätzliche und kurzfristige finanzielle Unterstützung von Wohlfahrtsverbänden (Caritas, Diakonie, AWO u. a.) geben, die durch Care-Pakete und weitere Hilfsmaßnahmen für Menschen in Quarantäne leisten?

Martin Hagen
(FDP)

Vor dem Hintergrund, dass in der aktuellen Situation viele Unternehmen berichten, dass die Erreichbarkeit der Behörden vor Ort stark eingeschränkt ist und dadurch zum Teil erhebliche Probleme im Betriebsablauf entstehen, frage ich die Staatsregierung, ob ihr Fälle bekannt sind, in denen Behörden aktuell geschlossen sind und was sie derzeit unternimmt, um die Erreichbarkeit der Behörden vor Ort, insbesondere der Kfz-Zulassungsstellen sowie der Ordnungs- und Gewerbeämter, sicherzustellen.

Volkmar Halbleib
(SPD)

Im Hinblick auf die Berichtserstattung der Main-Post vom 26.02.2020 „Pendlerärger wegen Verspätungen und Zugausfall“ (Online-Ausgabe), in dem auf die enormen Probleme und Enttäuschungen der Bürgerinnen und Bürger beim Regionalverkehr zwischen Würzburg und Lauda und der damit zusammenhängenden problematischen Rolle des privaten britischen Verkehrsunternehmens Go-Ahead hingewiesen wurde, frage ich die Staatsregierung, ob vor dem Vertragsschluss mit Go-Ahead eine ausführliche Prüfung der Personal- und Zug-Kapazitäten durchgeführt wurde, um festzustellen, ob das Verkehrsunternehmen in der Lage ist, einen zuverlässigen und professionellen Regionalverkehr zu gewährleisten, welche Konsequenzen und Maßnahmen sie für notwendig hält, um die bestehenden Probleme beim Regionalverkehr auf der Strecke Würzburg – Lauda zu lösen und wann weitere angekündigte Verbesserungen für die Bahnstrecke hinsichtlich Fahrplan und Infrastruktur, beispielsweise etwa die Eröffnung des Bahnhofs Heidingsfeld-West, realisiert werden?

Ludwig Hartmann
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wäre es im Sinne der europäischen Solidarität nicht geboten, dass Bayern Covid-19-Patienten nach dem Vorbild Baden-Württembergs, das Beatmungspatienten aus der medizinisch schwer belasteten französischen Region Grand Est aufgenommen hat, aus der völlig überlasteten Region um Bergamo vorübergehend zur Behandlung in bayerische Krankenhäuser transferiert, welche Beatmungskapazitäten könnten wir hierfür anbieten und gibt es bereits konkrete Pläne für eine Übernahme italienischer Covid-19-Patienten?

Christina Haubrich
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, greift sie auf die technologischen Entwicklungen zu Intensivbeatmungsgeräten, wie durch das Startup Symme3D entwickelt, zurück und beauftragt Unternehmen, die produktionsnah sind, wie das Additive Manufacturing Center von BMW zu prüfen, ob sie diese zeitnah herstellen könnten?

Dr. Wolfgang Heubisch
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Betten (aufgegliedert nach Beatmungsmöglichkeit und festem Beatmungsplatz) stehen derzeit in der Intensivmedizin speziell für Corona-Patienten in den sechs Universitätskliniken Bayerns bereit (bitte nach Universitätsklinikum aufgliedern), wie hoch war jeweils die Auslastung der Intensivbetten in der Kalenderwoche 13 (bitte nach Tagen auflisten) und wie wird die derzeitige Auslastung der Stationen mit Personal (bitte aufgegliedert nach medizinischem und pflegerischem Personal) beurteilt?

Christian Hierneis
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Nachdem die Regierung von Oberbayern im Jahr 2017 die generelle Schutzwürdigkeit von fünf zur Inschutznahme vorgesehenen Flächen in München (Trockenbiotopkomplex Virginiadepot, Gleislager Neuaubing, Magerstandorte am Gleisdreieck Pasing, Kies-, Mager- und Brachflächen am Rangierbahnhof, Erweiterung des geschützten Landschaftsbestandteils „Langwieder Heide“) auf der Grundlage der von der unteren Naturschutzbehörde geleisteten Vorarbeiten bestätigt hat und in Aussicht gestellt hat, dass die höhere Naturschutzbehörde in den nächsten Jahren sukzessive die entsprechenden Ordnungsverfahren in dem Umfang einleitet, wie dies entsprechend der fachlichen Priorisierung und des Fortschritts der Vorarbeiten sinnvoll und entsprechend der vorhandenen Kapazitäten möglich ist, und da seitdem drei Jahre vergangen sind, frage ich die Staatsregierung, in welchem Verfahrensstand befinden sich die Ordnungsverfahren jeweils, wann werden sie jeweils abgeschlossen sein und was sind jeweils die Gründe dafür (bitte alle aufzählen), dass die jeweiligen Verfahren bis heute nicht abgeschlossen sind?

Alexandra Hiersemann
(SPD)

Im Hinblick auf den Vergleich vor dem Landessozialgericht Schweinfurt im Streit um die WLAN-Nutzung durch Bewohnerinnen und Bewohner in der Asylbewerberinnen und -bewerberunterkunft in Obernburg, wonach für die Nachrichtenübermittlung über das dortige frei zugängliche WLAN künftig nicht mehr 100 Prozent von den Leistungen für die Asylsuchenden abgezogen werden dürfen, sondern nur noch 30 Prozent und Kürzungen in der Vergangenheit über 30 Prozent zurückerstattet werden, frage ich die Staatsregierung, in welchen Asylbewerberinnen und -bewerberunterkünften in Bayern ebenfalls für frei zugängliches WLAN Geld von den Leistungen für Asylsuchende abgezogen bzw. einbehalten wurde, welche Auswirkungen der vor dem Landessozialgericht Schweinfurt geschlossene Vergleich für die Betroffenen in Zukunft hat und wie sich die Rückerstattung der unrechtmäßig abgezogenen bzw. einbehaltenen Gelder für die in der Vergangenheit Betroffenen gestaltet?

Dr. Helmut Kaltenhauser
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, wie sich die bisher bewilligten Mittel zur „Soforthilfe Corona“ jeweils prozentual auf die verschiedenen Branchen und auf die Zahl der Beschäftigten (Aufteilung bitte für „bis zu fünf Erwerbstätige“, „bis zu zehn Erwerbstätige“, „bis zu 50 Erwerbstätige“ und „bis zu 250 Erwerbstätige“) verteilen und wie hoch die bisher bewilligten Hilfen im Durchschnitt innerhalb der jeweiligen Gruppierung (Aufteilung bitte für „bis zu fünf Erwerbstätige“, „bis zu zehn Erwerbstätige“, „bis zu 50 Erwerbstätige“ und „bis zu 250 Erwerbstätige“) sind?

Claudia Köhler
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, hat sie davon Kenntnis, dass Hausbanken bei der Ausreichung von Liquiditätshilfen im Rahmen des Corona-Schutzschirms für die Wirtschaft höhere Zinssätze als zurzeit üblich veranschlagen, welche Möglichkeiten hat die Staatsregierung, auf die Hausbanken und insbesondere die Sparkassen einzuwirken, die Unternehmen damit nicht noch zusätzlich zu belasten und bis zu welcher Zinshöhe würde sie den Zinssatz angemessen finden?

Natascha Kohnen
(SPD)

Nachdem aufgrund einer Reihe von Meldungen privater Eigentümer von Wohnimmobilien, die wegen der Zahlungsverpflichtungen aus der Erbschaftsteuer auf die aus ihrer Sicht entstehende Notwendigkeit von Mieterhöhungen hinweisen, frage ich die Staatsregierung, ob und falls ja, wie die bayerische Steuerverwaltung beim Vollzug der Erbschaftsteuer bei privaten Wohnimmobilien bereits heute im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten den Steuerschuldnern entgegenkommt (beispielsweise Stundung, Weiteres), und ob es weitere Maßnahmen oder Planungen für die Zukunft gibt, in berechtigten Härtefällen beim Steuervollzug gegenüber den Erben Kulanz zu zeigen?

Sebastian Körber
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, welche Maßnahmen seitens des Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr (StMB) ergriffen werden, um die Fahrpläne des Öffentlichen Verkehr (ÖV), die aufgrund der Auswirkungen der Covid-19-Pandemie oftmals nicht mehr aufrechterhalten werden, gegebenenfalls einheitlich in einem Verbund zu synchronisieren und dabei festzulegen, welcher Status gilt (z. B. Ferienfahrplan o. ä.), wie eine Fortbewegung mit möglichst geringer Ansteckungsgefahr mit dem ÖV erfolgen kann (beispielsweise durch eine ausreichende Desinfizierung der Fahrzeuge oder Sicherstellung von ausreichend Abstand zueinander) und welche generellen Maßnahmen im Bereich des StMB zur Bekämpfung der Covid-19-Pandemie umgesetzt werden (beispielsweise zur Verlangsamung der Infektionsausbreitung, damit Erwerbstätige weiterhin ihrer Beschäftigung nachgehen können, Mieter ihren Mietverpflichtungen nachkommen können und Lieferketten, die die Grundversorgung aufrechterhalten sollen, sichergestellt werden)?

Susanne Kurz
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, ob sie plant, das Erbringen einer Alternativleistung im Kunst- und Kulturbereich als Erfüllung des Förderzwecks zu akzeptieren und so, z. B. die Durchführung eines Projekts, einer Veranstaltung oder eines Angebots im virtuellen Raum möglich zu machen, wo bei bereits erteilter Förderzusage für die Dauer der Verbote öffentlicher Veranstaltungen, Projekte und Angebote die Umsetzung von Alternativen im virtuellen Raum zur Durchführung des geförderten Projekts unabdingbar ist, ob sie diese Alternativleistung zur Umsetzung bereits geförderter Projekte und Maßnahmen auch im Bereich kulturelle Bildung bei Verlegung in den virtuellen Raum anzuerkennen gedenkt, sodass bayerische Schülerinnen und Schüler in dieser schweren Zeit auch weiter mit kultureller Bildung und die Bürgerinnen und Bürger Bayerns auch weiter mit Kultur versorgt würden und Institutionen weiter existieren und arbeiten könnten?

Eva Lettenbauer
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Im Kontext der Berichterstattung in deutschen Medien, wonach Frauenberatungsstellen mit einer starken Zunahme der Gewalt an Frauen rechnen¹, frage ich die Staatsregierung, wertet sie Frauenhäuser und Fachberatungsstellen/Notrufe als zur systemrelevanten Grundversorgung gehörig und gesteht damit den Mitarbeiterinnen etwa die Betreuung der Kinder zu, liegt der Staatsregierung ein Notfallplan für den Fall vor, dass a) eine Zunahme der häuslichen Gewalt oder b) ein Schließen der Frauenhäuser aus Kapazitätsgründen oder c) auf Grund von Quarantänemaßnahmen es zu einem Problem in der Aufnahme betroffener Frauen kommt (bitte einzeln aufführen) und welche Maßnahmen ergreift die Staatsregierung während der Ausgangsbeschränkungen bzw. eventuell auftretender Ausgangssperren, um Frauen Schutz vor häuslicher bzw. partnerschaftlicher Gewalt zu gewährleisten und die Unterbringung in einem Frauenhaus im Sinne der Grundversorgung zu ermöglichen?

¹ <https://taz.de/Frauenhaeuser-in-der-Corona-Krise/!5668969/>

Christoph Maier
(AfD)

Vor dem Hintergrund eines Berichts in der Online-Ausgabe der „Jungen Freiheit“¹, wonach die von der Bundesregierung am 15.03.2020 verkündete Grenzschließung zur Verhinderung der Ausbreitung des „Coronavirus“ nicht für Asylbewerber gelte, frage ich die Staatsregierung, ob sie Kenntnis von dieser Tatsache hat, wie vielen Asylbewerberinnen und -bewerbern seit Beginn der Grenzschließung ab Montag, den 16.03.2020 ab 8 Uhr, an den Grenzen Bayerns zum Ausland die Einreise gestattet wurde und welche Maßnahmen sie ergreifen wird, um die Einreise von Asylbewerbern zum Schutz der Bevölkerung vor der weiteren Ausbreitung des Coronavirus zu unterbinden?

Jürgen Mistol
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Nachdem durch Betriebsschließungen, Kurzarbeit oder mangelnde Aufträge vielen Mieterinnen und Mietern die bisherige Finanzierungsgrundlage kurzfristig entfällt, frage ich die Staatsregierung, inwiefern sie vorgeschlagene Maßnahmen wie Aussetzen der Kündigungsfrist oder finanzielle Hilfen, wie beispielsweise den von GdW und DMB vorgeschlagenen „Sicher-Wohnen-Fonds“ auf Bundesebene bewertet bzw. unterstützt, welche Hilfen landeseigene Wohnungsunternehmen betroffenen Mieterinnen und Mietern anbieten werden und inwiefern sie (Gewerbe)Mieterinnen und Mieter, aber auch institutionelle und private Vermieterinnen und Vermieter im Freistaat darüber hinaus bei Mietausfällen unterstützen wird?

Hep Monatzeder
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Unterstützungsmaßnahmen für die von einem massiven Anzeigenrückgang durch die Corona-Krise betroffenen bayerischen Lokalrundfunkanbieter, Lokal- und Regionalzeitungsverlage sowie überregionalen Medienhäuser mit Standort in Bayern gibt es, mit welchen Akteuren der Medienbranche hat sie bereits Gespräche über mögliche Maßnahmen zur Eindämmung des Schadens durch die Krise geführt und mit welchem Ergebnis?

Ruth Müller
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, in welcher Höhe wird der, diese Woche vom Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales für die Gemeinden als zentrale Kompetenz-, Kommunikations- und Koordinierungsstellen angekündigte pauschale Geldbetrag für die gemeindeübergreifende Koordination der im Zuge der Corona-Krise entstandenen Hilfsangebote ausgelegt sein, über welche Behörde soll ausgezahlt werden und für welchen Zeitraum ist die finanzielle Unterstützung angedacht?

¹ <https://jungefreiheit.de/politik/deutschland/2020/einreisesperren-gelten-nicht-fuer-asylbewerber>

Alexander Muthmann
(FDP)

Vor dem Hintergrund der vollständigen Absage von Veranstaltungen und den erwartbaren negativen Auswirkungen der Corona-Krise auf geplante Investitionen der privaten Wirtschaft frage ich die Staatsregierung, wie der Freistaat mit bereits beschiedenen Förderungen durch bayerische Förderprogramme umgeht, deren Umsetzung nun nicht mehr möglich ist (insbesondere mit Hinblick auf bereits im Vertrauen auf eine Durchführbarkeit getätigte Ausgaben der Empfänger, z. B. bei nun abgesagten Veranstaltungen oder frühzeitigem Maßnahmenbeginn bei Investitionen), inwiefern nach bestehender Rechtslage, insbesondere hinsichtlich der Bayerischen Haushaltsordnung, eine Auszahlung von Fördermitteln für bereits getätigte Kosten möglich ist, obwohl die geförderte Maßnahme nicht umgesetzt werden kann und ob sie für sinnvoll erachtet, diese Rechtslage im Zeichen der derzeitigen, von den Förderempfängern nicht verschuldeten Krise durch eine Ausnahmeregelung zu ändern (bitte unter Angabe, welche Normen hierfür durch den Gesetzgeber geändert werden könnten)?

Verena Osgyan
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, ob die Bezahlung der derzeit für das Wintersemester angestellten Lehrbeauftragten trotz Ausfall von Lehrveranstaltungen weiterläuft, ob die Bezahlung der Lehraufträge für das Sommersemester trotz Ausfall einzelner Termine (aufgrund der Verschiebung des Semesterstarts) gleich bleiben wird und ob auch Vergütungsmodelle für Lehraufträge, die digital abgehalten werden, möglich sind?

Markus Rinderspacher
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Mandatsträger der AfD Bayern in Europa, Bund, Freistaat und Kommunen werden im Konkreten künftig vom Verfassungsschutz beobachtet, nachdem am 12.03.2020 vom Bundesamt für Verfassungsschutz bekannt gegeben wurde, der sogenannte „Flügel“ der Partei werde nun als Beobachtungsfall gewertet, welche konkreten Gründe liegen im Einzelnen bei den jeweiligen Mandatsträgern vor und wie bewertet sie die Gefahren, die insbesondere vom „Flügel“ der AfD Bayern für die freiheitlich-demokratische Grundordnung ausgehen?

Julika Sandt
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Staatsbedienstete (prozentual und absolut), deren Aufgaben überwiegend am PC, per Telefon oder per Videokonferenz zu erledigen sind (d. h. insbesondere in der Verwaltung), wurden seit Meldung der ersten COVID-19-Fälle in Bayern bis zum 23.03.2020 ins Homeoffice geschickt und aus welchen Gründen (z. B. fehlende Laptops) wurden gegebenenfalls nicht alle in der Verwaltung tätigen Staatsbediensteten ins Homeoffice entsendet?

Jan Schiffers
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, ist der Staatsregierung bekannt, dass in dem Newsletter des Staatsministeriums für Familie, Arbeit und Soziales „Allgemeine Informationen zur Kindertagesbetreuung – Elterninformation zum Coronavirus“ bei der Aufzählung von Bereichen der kritischen Infrastruktur die „Lebensmittelversorgung“ entfernt wurde, wurde dieser Newsletter mit dem fehlenden Bereich „Lebensmittelversorgung“ an alle Kommunen in Bayern versendet oder handelt es sich dabei um Einzelfälle, in denen diese Änderung vorgenommen wurde, und welche Handlungen wird die Staatsregierung unternehmen, um die Streichung des Bereichs „Lebensmittelversorgung“ rückgängig zu machen?

Toni Schuberl
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Fälle von Personen (Inhaftierte, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Andere), die sich mit dem Virus „SARS-CoV-2“ infiziert haben, sind ihr in Bayerischen Justizvollzugsanstalten bekannt (bitte nach Justizvollzugsanstalt und Datum der Diagnose aufschlüsseln), welche Maßnahmen haben die einzelnen Justizvollzugsanstalten getroffen, die über die Maßnahmen des Bayerischen Influenzapandemie-Rahmenplans hinausgehen und welche Maßnahmen wurden getroffen, um Personen, die aus der Haft entlassen werden, unter den aktuellen Umständen angemessen zu betreuen?

Stephanie Schuhknecht
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im Zusammenhang mit der angekündigten Schließung der Hermann-Schmid-Akademie in Augsburg frage ich die Staatsregierung, in welcher Höhe für den Schulneubau bezahlte staatliche Zuschüsse im Falle einer Schließung bzw. eines Verkaufs des Gebäudes zurückgezahlt werden müssten, unter welchen Bedingungen der Freistaat bereit wäre, den Schulbetrieb inklusive Lehrkörper zu übernehmen und wie der Freistaat dafür sorgen möchte, dass angesichts der aktuellen vorübergehenden Schließung aufgrund des Coronavirus, die Schülerinnen und Schüler aller Sparten der Schule ihr Schuljahr noch abschließen können?

Katharina Schulze
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da in einigen ebenso von Sars-CoV-2 betroffenen Ländern eine Atemschutzmaskenpflicht für alle Bürgerinnen und Bürger oder eine Empfehlung dafür eingeführt wurde, um mehr (Fremd)Schutz zu erreichen, frage ich die Staatsregierung, wie solche Empfehlungen, einen Mund-Nasen-Schutz (MNS) oder sogar FFP2-Masken zu tragen, auf der Landesebene für die Allgemeinheit diskutiert werden, wie ein ausreichender Schutz für bestimmte Sektoren (z. B. Gesundheitssektor, für Rettungs- und Polizeikräfte, etc.) gewährleistet wird und wie viele MNS und FFP2- und FFP3-Masken in Bayern vorhanden sind?

Gisela Sengl
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie lauten die exakten Vorgaben und Hygienebestimmungen der Staatsregierung für Geschäfte des Lebensmitteleinzelhandels hinsichtlich Ansteckungsgefahr durch den Coronavirus zum Schutz des Personals und der Kundschaft, gibt es unterschiedliche Vorgaben je nach Größe (und entsprechend Publikumsverkehr) der jeweiligen Geschäfte und wie unterstützt sie die Kommunen, um Schließung von Wochen- und Bauernmärkten zu verhindern (z. B. durch Polizeibereitschaft, die auf Abstandsregelungen achtet)?

Florian Siekmann
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Projekte, Vorhaben und Initiativen in Bayern, denen Mittel aus den EU-Förderlinien INTERREG bewilligt wurden, haben zur Erbringung des vorgesehenen Eigenanteils eine Kofinanzierung durch den Freistaat erhalten, wie hoch fiel diese Kofinanzierung bei den entsprechenden geförderten Projekten, Vorhaben und Initiativen aus und wie hat sich die Gesamtsumme der vom Freistaat geleisteten Kofinanzierung zu INTERREG geförderten Projekten, Vorhaben und Initiativen seit 2014 jährlich entwickelt?

Christoph Skutella
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Saison-Arbeitskräfte fehlen den Obst- und Gemüsebaubetrieben in Bayern, wie kann dieses Defizit an Arbeitskräften behoben werden und welche Ausnahmen zu Einreisebeschränkungen im grenzüberschreitenden Verkehr sind nach ihrer Ansicht für landwirtschaftliche Betriebe, die Flächen in Nachbarländern bewirtschaften, möglich?

Ursula Sowa
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, inwieweit werden die Maßnahmen der Staatsregierung vom 16.03.2020 zur Eindämmung des Coronavirus Covid-19 im ANKER-Zentrum Bamberg – insbesondere bezüglich Belegungsdichte, Essensversorgung/Kantinenbetrieb und Situation der Kinder - umgesetzt, wie nimmt die Staatsregierung Stellung zum offenen Brief der Bamberger Mahnwache Asyl vom 18.03.2020 und welche mehrsprachigen Aufklärungs- und Notfallmaßnahmen werden getroffen (bitte Zeitplan angeben)?

Dr. Dominik Spitzer
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, wie sich der Auf- und Ausbau von zentralen COVID-19-Ambulanzen in Bayern gestaltet, mit welchen personellen Ressourcen die Fieberambulanzen betrieben werden bzw. betrieben werden sollen und wie diese finanziert werden?

Rosi Steinberger
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Verkehrsbelastung erwartet sie an der Kreuzung der B 299 an der Justizvollzugsanstalt südlich von Landshut nach Vollendung der Süd-Ost-Umfahrung von Landshut durch die B 15neu und hält sie einen höhenfreien Umbau dann noch für notwendig?

Dr. Simone Strohmayr
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Anträge auf begrenzte Dienstfähigkeit, familienpolitische Teilzeit oder Altersteilzeit wurden bis zum 21.02.2020 bei den Schulämtern und Regierungen gestellt, wie viele Anträge auf Begutachtung erreichten bereits die Amtsärzte und mit welchen Maßnahmen wurden die Schulverwaltungen auf die gestiegenen Anforderungen vorbereitet?

Martin Stümpfig
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, nachdem bereits am 03.12.2019 aus dem Kabinett berichtet wurde, dass sie für Rechtssicherheit bei der Inbetriebnahme von Windkraftanlagen Sorge, die vor Inkrafttreten der 10 H-Regelung genehmigt wurden und bei denen zwischenzeitlich ein Wechsel des Anlagentyps technisch notwendig ist, wann die geplante Änderung der Bayerischen Bauordnung (BayBO) in Kraft tritt und wie die Änderung der BayBO im Wortlaut lauten wird?

Arif Taşdelen
(SPD)

Im Hinblick auf die Antwort der Staatsregierung vom 26.10.2018 auf Drs. 17/23723 auf die Teilfrage 8.1 „Welche Erkenntnisse hat die Staatsregierung über mögliche Personen mit ‚Reichsbürger‘-Hintergrund und ‚Selbstverwalter‘-Hintergrund im öffentlichen Dienst, insbesondere in den Reihen der Polizei?“ in der Schriftlichen Anfrage der Abgeordneten Katharina Schulze (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) „Aktuelle Gefahren durch ‚Reichsbürger‘ und ‚Selbstverwalter‘“ vom 01.08.2018 frage ich die Staatsregierung, wie ist der Stand bzw. der Ausgang der zum 30.06.2018 geführten Disziplinarverfahren gegen Polizeivollzugsbeamte der Bayerischen Polizei (fünf aktive Polizeivollzugsbeamte und fünf Ruhestandsbeamte, mittlerweile wurden ein Erster Polizeihauptkommissar der Bayerischen Bereitschaftspolizei aufgrund seiner Nähe zur ‚Reichsbürger‘-Bewegung mit Urteil des VG München vom April 2019 aus dem Beamtenverhältnis entfernt und ein Polizeihauptmeister des Polizeipräsidiums Schwaben Nord auf seinen Antrag hin aus dem Beamtenverhältnis entlassen (vgl. PM 140/2019 des Staatsministeriums des Innern, für Sport und Integration vom 29.04.2019 „Zwei ‚Reichsbürger‘ bei der Bayerischen Polizei verlieren Beamtenverhältnis“ – Staatsminister des Innern, für Sport und Integration Joachim Herrmann: „Derartiges Gedankengut hat bei der Polizei nichts verloren“ – Aktuell noch zehn laufende Disziplinarverfahren – Weiterhin konsequentes Vorgehen gegen ‚Reichsbürger‘ angekündigt“)), bei wie vielen der Beamten des Freistaates Bayern außerhalb des Polizeidienstes, gegen die zum 30.06.2018 Disziplinarverfahren anhängig waren, sind diese mit welchem Ausgang mittlerweile abgeschlossen und gegen wie viele Beamte/Arbeitnehmer innerhalb und außerhalb des Polizeidienstes und bei bayerischen Kommunen werden zum gegenwärtigen Zeitpunkt Disziplinarverfahren wegen ihrer Nähe zur Reichsbürger- bzw. Selbstverwalterszene geführt?

Anna Toman
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Schülerinnen und Schüler insgesamt nehmen aufgrund der Corona-Pandemie derzeit die Notbetreuung in Anspruch, wie viele Schulen sind, aufgeschlüsselt nach Schularten, davon betroffen und was wird den Schülerinnen und Schülern während der Betreuungszeit, Stichwort homeschooling, angeboten?

Gabriele Triebel
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wurde der jetzige Termin, 20.05.2020, für den Beginn der Abiturprüfungen in Absprache mit den Mitglieder der Kultusministerkonferenz festgelegt, gibt es Überlegungen, die schriftlichen und mündlichen Abiturprüfungen zu verschieben oder ganz ausfallen zu lassen, wenn die Abiturtermine im Mai nicht haltbar sind und wie ist die Entnahme insbesondere von Mathematikaufgaben aus dem länderübergreifenden Pool unter jetzigen Bedingungen noch möglich?

Hans Urban
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, was bedeutet die Absichtserklärung des Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (Drs. 18/3616), dass mit ihrer Gründung in den Bayerischen Staatsgütern (BaySG) unter anderem das Aufheben des Sanierungsstaus eingeleitet werden soll, konkret für die einzelnen Teilbetriebe der BaySG, welche Maßnahmen werden hier in den kommenden zehn Jahren nach aktueller Planung wann ergriffen und wie wird die Dringlichkeit der einzelnen Maßnahmen von der Staatsregierung bewertet?

Margit Wild
(SPD)

Im Hinblick darauf, dass Kulturschaffende und kulturschaffende Einrichtungen in Bayern (außerhalb öffentlich-rechtlicher oder finanziell abgesicherter Trägerschaft) durch die Corona-bedingten Absagen von Veranstaltungen, Beschäftigungs- und Erwerbsmöglichkeiten eine dramatische Verschärfung ihrer häufig ohnehin prekären und kapitalschwachen wirtschaftlichen Situation erleben, frage ich die Staatsregierung, welche Hilfsmaßnahmen derzeit für Kulturschaffende in Bayern konkret zur Verfügung gestellt werden (bitte einzeln auflisten), welche weiteren Unterstützungsmaßnahmen und -programme sie derzeit plant (bitte einzeln auflisten) und wie sie zur Forderung des Deutschen Kulturrates steht, dass Bund und Länder einen Notfallfond für Künstlerinnen und Künstler einrichten?

Andreas Winhart
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, ob – Rechtsstand 23.03.2020 – Inhaberinnen und Inhabern von Ladengeschäften oder Personen, die ihr Gewerbe üblicherweise in einem eigenen Laden ausüben, es, gemessen an den in Kraft gesetzten Restriktionen zur Eindämmung des Coronavirus, erlaubt ist, dass diese Personengruppen dieses Ladenlokal für den Publikumsverkehr gesperrt haben, aber an dessen Stelle ihrem Gewerbe/Handwerk/Dienstleistung dadurch nachkommen, dass sie dieses an einer Einzelperson in deren Privatwohnung zuhause ausüben und ob dies speziell im Falle von Friseuren, z. B. bei Rentnern, der Fall ist und wenn dies nicht der Fall ist, ob neben den Strafen wegen Missachtung der betreffenden Allgemeinverfügung auch noch Strafen auf der Basis anderer Rechtsgrundlagen in Betracht kommen?

Christian Zwanziger
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Hilfen zur Bewältigung der Corona-Krise sieht sie für soziale, beziehungsweise nicht-gewerbliche Betriebe, wie beispielsweise Jugendherbergen, vor und wo können solche Unternehmen Informationen über Unterstützungsmöglichkeiten bekommen?